

# Tabak-Arbeiter

Nr. 40 / Bremen, den 3. Oktober 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergepaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Hufung, Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Boraz, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Am Damsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn. Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsausführungsvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

## Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung

Ende August waren rund 4,2 Millionen Arbeitslose gemeldet. Von den Gewerkschaftsmitgliedern waren mehr als ein Drittel (34,1 v. H.) vollarbeitslos, weitere 21 v. H. waren Kurzarbeiter. Vollbeschäftigt waren nur 45 v. H. aller Mitglieder. Muß man sich auch vor einem allzu starken Pessimismus hüten, so wird der Winter sicherlich 5½ bis 6 Millionen Arbeitslose bringen. Die Situation ist durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit um so furchtbarer. 1,1 Millionen Menschen erhalten Krisenunterstützung. Sie sind also mindestens mehr als ein halbes Jahr arbeitslos und 1,4 Millionen Menschen erhalten Wohlfahrtsunterstützung, d. h. sie sind in der Regel mindestens 1 bis 1½ Jahr ohne Arbeit. Eine schnelle Lösung der Weltwirtschaftskrise ist nicht zu erwarten. Alle Bemühungen müssen daher im Augenblick darauf konzentriert werden, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Der bisherige Einwand der Arbeitgeber, die die von der öffentlichen Hand beeinflusste Arbeitsbeschaffung ablehnen, kann nicht durchschlagen. Auch die Brauns-Kommission hat ausgesprochen, daß die derzeitige Wirtschaftslage dazu zwingt, „der durch äußere Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft.“

Leider sind im Augenblick die Ausichten auf die notwendige Kapitalbeschaffung recht gering. Aber die auch heute noch gegebenen Möglichkeiten werden nicht genügend erschöpft. Es muß möglich sein, eine Reihe von neuen Arbeiten durchzuführen. Dazu gehören in erster Linie Arbeiten der Reichsbahn. Die Bauwerke, insbesondere auch der Straßenbau, dürfen nicht völlig zum Erliegen kommen. Was nutzt die Neuschaffung geringer Arbeitsmöglichkeiten, wenn auf der anderen Seite die Gemeinde als der große Auftraggeber der deutschen Industrie derart lahmgelegt wird, daß fast jeder Auftrag zurückgezogen wird, daß alle öffentlichen Bauten fast restlos stillgelegt werden. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, diesen alles ertötenden Druck von den Gemeinden zu nehmen.

Vielfach werden vorhandene Mittel falsch eingesetzt. Eine allgemeine Verwaltungsreform würde Mittel größeren Ausmaßes freimachen. Die wirtschaftlich längst überholte Vielstaaterei und die Instanzenwirrnis schafft nicht nur einen unnötig kostspieligen Verwaltungsapparat, sondern wirkt durch ihre zahlreichen Kompetenzkonflikte auf die Wirtschaftsentwicklung hemmend. Hier bieten sich Einsparungsmöglichkeiten, deren Ertrag an anderer Stelle unserer Wirtschaft sehr viel fruchtbarer verwandt werden könnte. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Zusammen mit den aus dem übersteigerten Zollschutz resultierenden Ueberpreisen werden der Landwirtschaft jährlich rund 3 Milliarden RM., ebensoviel wie der Arbeitslosenentschutz kostet, zugewandt. Der Erfolg ist die Erhaltung schlecht wirtschaftender Betriebe. Nirgends zeigt sich trotz dieser Subventionen der Versuch, zu einer vernünftigen Planwirtschaft zu kommen. Statt dessen beeinträchtigt die Landwirtschaft durch ihre Preispolitik die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt.

Zur Stützung der deutschen Banken und vieler Großbetriebe sind in den verfloffenen Wochen Millionen festgelegt worden. Ständen diese Summen für eine gut organisierte Arbeitsbeschaffung zur Verfügung, so ließe sich damit sehr viel leisten. Sind die Mittel für eine systematische Arbeitsbeschaffung knapp, so müssen um so mehr Maßnahmen verlangt werden, die indirekt den Arbeitsmarkt beleben. Eine vernünftige Agrarpolitik muß die Lebenshaltung verbilligen, um die Kaufkraft der breiten Massen

zu stärken. Statt dessen zerstört eine unsinnige Lohnpolitik die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers immer mehr. Die Löhne sind im Laufe des letzten Jahres um 15 bis 18 v. H. gesunken, sehr viel stärker als die Lebenshaltungskosten. Die verhängnisvolle These vom Segen der Lohnsenkung droht uns immer weiter in die Katastrophe zu treiben. Ein durch unerträgliche Lohnsenkung vermehrter Absatz auf dem Weltmarkt ist unmöglich, weil auch die Importländer ihrerseits mit Lohnsenkung reagieren, oder ihre Grenzen gegen die Dumpingwaren schließen. Es muß endlich dem Lohnabbau Einhalt getan werden.

Arbeitsbeschaffung bedeutet aber auch Abkehr von einer Kartellpolitik, die im Inland die Waren verteuert und sie dem konkurrierenden Ausland verbilligt anbietet.

Die derzeitige Situation braucht bei klugem entschiedenem Vorgehen durchaus nicht hoffnungslos zu sein. Tatsächlich gibt es im Rahmen der derzeitigen Verhältnisse noch viele Möglichkeiten zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die Regierung muß sich nur entschließen, den Standpunkt der einseitig gerichteten Interessenpolitik zu verlassen.

Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitsmarkt zu werden, weil, wenn die fraglichen Arbeitsobjekte nicht tatsächlich in vollem Ausmaß zusätzlich sind, von ihm ein unerträglicher, sich auf den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter durchsetzender Lohndruck ausgeht.

Die internationale Verflechtung der Wirtschaft, die internationale Krise des Arbeitsmarktes verlangt internationale Maßnahmen zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung. Die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, verlangen ernste Würdigung in allen Ländern. Ohne die Schwierigkeit des Problems zu verkennen, sollte gerade Deutschland diesen Gedanken aufgreifen und an seiner möglichst schnellen Verwirklichung arbeiten. Das setzt allerdings die Schaffung einer internationalen Vertrauensbasis voraus. Wer Arbeit schaffen will, muß das internationale Vertrauen festigen helfen. Das Fehlen dieses Vertrauens ist weitgehend die Ursache der Weltwirtschaftskrise. Ihre furchtbare Schwere und Hartnäckigkeit datiert vom Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Mißtrauisch durch das Bramarbasieren hindischer Maulhelden, schließen sich die Nationen voneinander ab, statt gemeinsam die alles erdrückende Krise zu bekämpfen.

Auch die allgemeine Arbeitszeitverkürzung muß in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt werden. Um die Arbeitslosigkeit in etwas einzudämmen, muß die anfallende Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern verteilt werden. Leider läßt sich die Reichsregierung durch den Widerstand der Arbeitgeberverbände beeinflussen und scheut sich, selbst von den viel zu geringen Möglichkeiten, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bietet, praktisch Gebrauch zu machen. Die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche begegnet nicht unüberwindlichen wirtschaftspolitischen oder technischen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber widersetzen sich vielmehr aus lohnpolitischen Gründen, weil sie fürchten, daß die allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht genügend Raum läßt für die von ihnen geforderte weitere erhebliche Lohnsenkung. Die Tatsache, daß mehr als ein Drittel aller zur Zeit überhaupt beschäftigten Arbeiter bereits Kurzarbeiter sind, die sich verteilen auf Zehntausende von Betrieben der unterschiedlichsten Größe in allen Berufen, beweist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden wirtschaftlich und technisch durchaus möglich ist. Ist die 40-Stunden-Woche auch kein Allheilmittel, so bietet sie doch im Augenblick die einzige sich sofort auswirkende Möglichkeit, 700 000 bis 800 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe zurückzubringen.



# Tabakgewerbe



## Neuregelung der Rauchtobaksteuer in Sicht

Am 1. Mai dieses Jahres trat eine kurz vordem erlassene Verordnung des Reichsministers der Finanzen in Kraft, wonach beim steuerbegünstigten Feinschnitt die Mindestbanderole von 8 auf 10 *M* für das Kilogramm erhöht und die Mindestschnittbreite auf einen Millimeter festgesetzt wurde. Gegen beide Maßnahmen hat der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, als er von der Absicht des Reichsministers der Finanzen Kenntnis erhielt, sofort in einem im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 19 veröffentlichten Schreiben Stellung genommen. Leider ohne den gewünschten Erfolg. Der Reichsminister der Finanzen wollte durch die Festsetzung einer Mindestschnittbreite das Selbstdrehen von Zigaretten eindämmen und durch die Erhöhung der Mindestbanderole den Wünschen des Rauchtobak-Verbandes Rechnung tragen.

Im Laufe der Zeit hat sich die Berechtigung der vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband geäußerten Bedenken dann immer mehr erwiesen. Von den Ende Oktober 1930 beschäftigten 2355 Arbeiterinnen und Arbeitern in Orten und Betrieben, die vorwiegend für die Herstellung von steuerbegünstigtem Feinschnitt in Betracht kommen, standen Mitte Juli dieses Jahres nur noch 1201 in Arbeit, und zwar bis auf 329 bei verkürzter Arbeitszeit. Wir unterstrichen deshalb im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 32 noch einmal die Forderungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes auf Beseitigung der Mindestschnittbreite und Mindestbanderole für steuerbegünstigten Feinschnitt; unter anderem mit dem Hinweis auf die inzwischen erfolgte Umgestaltung der Zigarettensteuer. Auch im Reichsfinanzministerium brach sich nach und nach die Erkenntnis Bahn, daß es so nicht weitergehen könne. Nach wochenlangen Verhandlungen mit Beauftragten der Rauchtobakfabrikanten kam dann folgender Plan zustande:

1. Die vorgeschriebene Schnittbreite von 1 Millimeter für steuerbegünstigten Feinschnitt wird aufgehoben.
2. Die Banderolensteuer für steuerbegünstigten Feinschnitt wird von 35 auf 38 v. H. des Kleinverkaufspreises, bei einer Mindestbanderole von 10 *M* für das Kilogramm, erhöht.
3. Die Banderolensteuer für Krüll- und Grobschnitt wird von 35 auf 32 v. H. des Kleinverkaufspreises, bei einer Mindestbanderole von 6 *M* für das Kilogramm, ermäßigt.
4. Beim nicht steuerbegünstigten Feinschnitt bleibt es bei der Banderolensteuer in Höhe von 50 v. H. des Kleinverkaufspreises bei einer Mindestbanderole von 16 *M* für das Kilogramm.

Erst nachdem dieser Plan feste Gestalt angenommen hatte, wurde einer Vertretung der Tabakarbeiter-Verbände Gelegenheit gegeben, im Reichsfinanzministerium dazu Stellung zu nehmen. Gegen eine derartige Zurücksetzung der Vertreter der Rauchtobakarbeiterschaft müssen wir den schärfsten Protest einlegen. Es geht wirklich nicht an, erst alles mit den Unternehmern fertigzumachen und dann die Arbeitervertreter sozusagen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter der Rauchtobakbranche können Anspruch darauf erheben, daß man ihre Organisationsvertreter rechtzeitig hört; denn sie sind es schließlich, die unter etwaigen Mißgriffen des Reichsministers der Finanzen auf tabaksteuerlichem Gebiet am meisten zu leiden haben.

Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so haben sich die Vertreter der Tabakarbeiter-Verbände auch bei der Besprechung im Reichsfinanzministerium am 23. September gegen die vorgesehene Festsetzung von Mindestbanderolen gewandt. Besonders ungerechtfertigt sei, so führten sie aus, die Festsetzung eines Mindestpreises in Höhe von 6 *M* für ein Kilogramm Krüll- und Grobschnitt, das jetzt noch zu 3 *M* zu haben wäre. Auch der geplante Mindestpreis von 10 *M* für ein Kilogramm steuerbegünstigten Feinschnitt sei ein Unding, da maßgebende Hersteller die Auffassung vertreten, daß dieses Fabrikat noch bei einem Kleinverkaufspreis von 6 *M* mit Nutzen abgesetzt werden könne. Außerdem stehe die Festsetzung von Mindestpreisen doch auch im Widerspruch mit den Preisabbaubestrebungen der Reichsregierung, ganz abgesehen davon, daß sie zu einer Einschränkung des Konsums und dadurch zu einer Ausdehnung der Arbeitslosigkeit

und Kurzarbeit führe. Im übrigen würde durch eine solche Maßnahme der Absatz des inländischen Tabaks, der doch hauptsächlich für die Herstellung des steuerbegünstigten Feinschnitts in Betracht komme, stark beeinträchtigt werden.

Aber alle Einwände waren vergebens. Das Reichsfinanzministerium hatte sich gegenüber den Rauchtobakfabrikanten so gut wie festgelegt und wollte nun von dem aufgestellten Plan nichts preisgeben. Nur beim Krüll- und Grobschnitt war es zu einem Zugeständnis bereit und zwar dergestalt, daß dieser schon zu einem Kleinverkaufspreis von 3, 4 und 5 *M* für das Kilogramm abgegeben werden könne. Die Tabake in den 3- und 4-Mark-Preislagen dürften dann allerdings nur in ½-Pfund-Paketen abgegeben werden. Eine merkwürdige Konsumentenpolitik: der wirtschaftlich besser gestellte Verbraucher, der auf einmal 75 bis 100 *S* für den Rauchgenuß ausgeben kann, bekommt den billigen Tabak, während der arme Schlucker, der nicht soviel auf einmal anwenden kann, den teuren Tabak kaufen muß, wenn er nicht überhaupt auf den Rauchgenuß verzichten will.

Soweit die Aussprache im Reichsfinanzministerium und ihr Ergebnis. Sobald die endgültige Formulierung der geplanten Änderungen vorliegt, die mit der kommenden Rotverordnung veröffentlicht werden sollen, werden wir auf die Sache zurückkommen.

## Die bulgarische Tabakindustrie

(Nachdruck verboten.)

Ueber Bulgarien als Erzeugungsland für Rohtabak ist in der Fachpresse oft genug berichtet worden. Unter den Ländern, in denen Rohtabak erzeugt wird, spielt Bulgarien als Lieferant von Orienttabak eine führende Rolle. Viel weniger bekannt ist seine tabakverarbeitende Industrie. Selbstverständlich ist die Bedeutung dieses Industriezweiges nicht zu vergleichen mit der Tabakindustrie in den großen mittel- und westeuropäischen Ländern — sofern sie nicht etwa ein Tabakmonopol haben — von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen. Aber in einem Lande, das industriell noch so wenig erschlossen ist wie Bulgarien, das immer noch ein reines Agrarland ist, in dem 80 v. H. der Einwohnerchaft in der Landwirtschaft tätig sind, kommt diesem Wirtschaftszweige eine sehr große Bedeutung zu.

Es gibt in Bulgarien neben einer geringen Zahl kleinerer Betriebe 29 Zigarettenfabriken, die im Jahre 1929 insgesamt 3 831 582 Kilogramm Rohtabak verarbeiteten. Auf den ersten Blick kann diese Menge nicht gerade imponieren, aber einmal muß man berücksichtigen, daß es sich ja um ein kleines Land handelt, und zum anderen, daß ein großer Teil der Bevölkerung als Selbstverfórger anzusehen ist; denn die Tabakpflanzer drehen sich selbstverständlich ihre Zigaretten selbst. Die Lage der Industrie ist auf Grund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse im Lande nicht gerade als gut anzusprechen; denn die Auswirkungen der Weltagrarkrise treffen das Land schwer und haben die Kaufkraft der Bevölkerung auf ein Mindestmaß herabgedrückt. Wenn dennoch die Zigarettenfabriken einigermaßen auf ihre Rechnung kommen, so verdanken sie das in der Hauptsache der straffen Kartellierung, bei der es keine Außenfeiter gibt. Dieses Kartell der Zigarettenindustrie ist auf mehr oder minder starken Druck der Regierung zurückzuführen, die infolgedessen ein Interesse an der Gesunderhaltung der Industrie hat, als sie einer der wichtigsten Steuerträger des Landes ist. Allein aus der Banderolensteuer hatte sie im Jahre 1929 eine Steuereinnahme von 599 816 512 Lewa. Das ist zwar weniger als im Jahre vorher mit 613 472 628 Lewa, ein Zeichen, wie sich die Wirtschaftsnot auch im Zigarettenverbrauch auswirkt. Da das Aufkommen aus der Tabakbesteuerung einen sehr wesentlichen Faktor im Staatshaushalt ausmacht, ist die Tabakindustrie für die Landesregierung einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Aber auch ohne Berücksichtigung dieses Umstandes hat die Industrie ihre große Bedeutung. Es sind in ihr für bulgarische Verhältnisse sehr erhebliche Kapitalien angelegt. Die nachstehende Tabelle verdeutlicht das:

|                      | 1929        |       | 1928        |       |
|----------------------|-------------|-------|-------------|-------|
|                      | Lewa        | v. H. | Lewa        | v. H. |
| Grund und Boden      | 10 638 162  | 6,15  | 4 960 654   | 2,74  |
| Gebäude              | 91 780 615  | 53,06 | 99 661 897  | 55,12 |
| Maschinen u. Anlagen | 70 565 043  | 40,79 | 76 207 646  | 42,14 |
| Insgesamt            | 172 983 820 | —     | 180 830 197 | —     |

Wenn von 1928 auf 29 eine Verringerung des angelegten Kapitals eingetreten ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1929 eine Zigarettenfabrik stillgelegt wurde und infolgedessen in der Tabelle keine Berücksichtigung mehr fand.

Während in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten die Großkonzerne eine vorherrschende Stellung auf dem Zigarettenmarkt einnehmen, herrscht in Bulgarien der Mittel- und mittlere Großbetrieb vor. Wenigstens in der Zahl der Betriebe. Allerdings nehmen auch in Bulgarien allein die größten Betriebe mit einem Kapital von mehr als 10 Millionen Lewa mehr als 50 v. H. des gesamten in der Zigarettenindustrie angelegten Kapitals in Anspruch. Aus der nachstehenden Tabelle kann der Leser am besten die kapitalmäßige Gliederung in der bulgarischen Tabakindustrie erkennen:

|     |                         | Zahl d. Unternehmen | Lewa        | v. H. |
|-----|-------------------------|---------------------|-------------|-------|
| von | 500 000 bis 1 000 000   | 1                   | 850 000     | 0,49  |
| "   | 1 000 000 bis 1 500 000 | 8                   | 10 117 515  | 5,85  |
| "   | 1 500 000 bis 2 000 000 | 1                   | 1 700 000   | 0,96  |
| "   | 2 000 000 bis 2 500 000 | 3                   | 6 985 000   | 4,04  |
| "   | 2 500 000 bis 3 000 000 | 8                   | 29 015 366  | 16,77 |
| "   | 3 000 000 bis 5 000 000 | 4                   | 30 196 339  | 17,46 |
| "   | über 10 000 000         | 4                   | 94 119 600  | 54,41 |
|     |                         | 29                  | 172 983 820 | —     |

Wie überall werden auch in Bulgarien die größten Zigarettenbetriebe als Aktiengesellschaften betrieben. Diese Unternehmensform hat sich überall als die zweckmäßigste durchgesetzt, weil hier größere Kapitalien am leichtesten zusammengefaßt werden können. So entfallen in Bulgarien auf die 16 als Aktiengesellschaften betriebenen Zigarettenfabriken allein 133 867 160 Lewa oder 77,39 v. H. des gesamten in dieser Industrie angelegten Kapitals. Die nächstkapitalstarke Gruppe sind die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Ihrer gibt es 8 mit einem Kapital von 21 013 645 Lewa oder 12,15 v. H. des Gesamtkapitals. Es folgen dann die offenen Handelsgesellschaften (3) mit 15 950 000 Lewa (9,22 v. H.). Schließlich müssen noch die beiden genossenschaftlichen Zigarettenfabriken erwähnt werden, in denen ein Genossenschaftskapital von 2 153 015 Lewa angelegt ist. Sie nehmen nur 1,24 v. H. des Gesamtkapitals von 172 983 820 Lewa in Anspruch.

Man sieht aus diesen Angaben, daß die Kapitalzusammenballung in der bulgarischen Zigarettenindustrie sehr erhebliche Fortschritte gemacht hat. Das ist natürlich die Folge der fortschreitenden Maschinisierung dieser Industrie, in der auch in Bulgarien die Handarbeit fast vollkommen von der Maschine ersetzt worden ist. Die maschinelle Ausrüstung der Betriebe ist dementsprechend auch verhältnismäßig stark. Aus der nachstehenden Tabelle ersieht man die Zahl der Maschinen und ihre Leistung:

|                               | 1929 |     | 1928 |     |
|-------------------------------|------|-----|------|-----|
|                               | Zahl | PS. | Zahl | PS. |
| Gasmotoren . . . . .          | 9    | 143 | 10   | 178 |
| Benzinmotoren . . . . .       | 1    | 7   | 3    | 25  |
| Dieselmotoren . . . . .       | 9    | 237 | 9    | 233 |
| Sonstige . . . . .            | 3    | 50  | 3    | 21  |
| Insgesamt . . . . .           | 22   | 437 | 25   | 457 |
| Elektromotoren . . . . .      | 127  | 368 | 93   | 257 |
| Schneidemaschinen . . . . .   | 64   |     | 67   |     |
| Zigarettenmaschinen . . . . . | 116  |     | 112  |     |

Trotz der Stilllegung eines Betriebes hat die Zahl der Zigarettenmaschinen eine Vermehrung erfahren. Allerdings können sie auch in Bulgarien nicht voll ausgenutzt werden, so daß also die Kapazität der meisten Betriebe weit größer ist, als die tatsächliche Erzeugung. Das wirkt sich natürlich auch auf die Lage der Arbeiterschaft in der bulgarischen Zigarettenindustrie aus. Im Jahre 1929 waren in der Industrie 1832 Personen beschäftigt, darunter 519 Männer, während die größte Zahl der Beschäftigten Frauen sind. Die Zahlen über das Einkommen dieser Leute in Lewa sollen hier nicht angegeben werden. Jedenfalls ergibt die Umrechnung in Reichsmark, daß der durchschnittliche Wochenlohn eines Beschäftigten sage und schreibe 9,24 M im Jahre 1929 betrug. Noch im Jahre 1928 hatte der Durchschnittswochenlohn 9,96 M betragen. Er ist also noch herabgesetzt worden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Lebensstand eines bulgarischen

Arbeiters weit niedriger ist als der unserer Arbeiter und auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten verhältnismäßig niedrig sind, muß man doch feststellen, daß die Entlohnung der Zigarettenarbeiterschaft in Bulgarien sehr schlecht ist. Das ist natürlich eine Folge des Fehlens einer wirklich straffen Organisation. Unter der bis zum Frühsommer 1931 amtierenden Regierung war die gewerkschaftliche Arbeit fast völlig lahmgelegt worden; es herrschte ein ziemlich offener militärischer Terror. Möglich, daß unter der neuen, etwas mehr links eingestellten Regierung Malinoff, die jetzt im Amte ist, sich die Verhältnisse etwas bessern. Jetzt allerdings ist wieder der Druck der Wirtschaftskrise so stark, daß die Gewerkschaften kaum die Möglichkeit haben, etwas für die Arbeiterschaft herauszuholen. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß man oft in der Tagespresse Nachrichten über Ausschreitungen der bulgarischen Tabakarbeitererschaft liest.

Eingangs war bereits erwähnt worden, daß die bulgarische Zigarettenindustrie im Jahre 1929 3 831 582 Kilogramm Roh-tabak verarbeitet hätte. Der gesamte Tabak war heimischer Ursprunges und hatte einen Wert von 52 899 387 Lewa. Gegen 1928 ist ein Rückgang zu verzeichnen; denn damals wurden noch 4 007 996 Kilogramm im Werte von 58 793 144 Lewa verarbeitet. In dieser Hinsicht ist also Bulgarien glücklicher daran als die Verbraucherländer in Mittel- und Westeuropa, die auf die Einfuhr in größtem Umfange angewiesen sind.

Dem verringerten Rohstoffbedarf entspricht natürlich eine verkleinerte Erzeugung. Die nachstehende Tabelle verdeutlicht dies:

| Erzeugnis                  | 1929        |             | 1928        |             |
|----------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                            | Menge i. kg | Lewa        | Menge i. kg | Lewa        |
| Extra-Extra . . . . .      | 2 048       | —           | 5 688       | —           |
| Extra . . . . .            | 73 982      | —           | 76 711      | —           |
| I. Qualität . . . . .      | 446 594     | —           | 533 322     | —           |
| II. Qualität . . . . .     | 261 927     | —           | 335 100     | —           |
| III. Qualität . . . . .    | 3 020 352   | —           | 3 036 311   | —           |
| Exportzigaretten . . . . . | 47 406      | —           | 28 226      | —           |
| Schnitttabak . . . . .     | 23 522      | —           | 23 392      | —           |
|                            | 3 875 831   | 821 872 049 | 4 038 750   | 843 133 907 |

Die Beträge an Banderolenteuer beliefen sich im Jahre 1929 auf 22 055 537 Lewa, im Jahre 1928 auf 229 661 379 Lewa, sind also ebenfalls rückläufig.

Diese Arbeit konnte natürlich keinen restlosen Ueberblieb über die bulgarische Tabakindustrie verschaffen, dennoch aber einen wertvollen Einblick gegeben haben. Interessenten für diese Dinge seien auf das Mitteleuropa-Institut in Dresden A 11 (Canalettostraße 8 I) verwiesen, das alle Fragen der bulgarischen Wirtschaft aufmerksam verfolgt und sich dank der Förderung durch in- und ausländische Behörden uneigennützig in den Dienst aller Wirtschaftskreise stellt.

Dr. Erwin Peggall (Dresden).

## Gau- und Zahlstellenberichte

**Wiesental (Zahlstelle Bruchsal).** Mitgliederversammlung am 19. September im Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“. Kollege Gärtthöfner aus Bruchsal gab Aufklärung über die Krisen- und Kurzarbeiterunterstützung und über die derzeitige Wirtschaftslage. Außerdem referierte er in kernigen Worten über die Bedeutung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Am Schlusse seines Referats ermahnte Kollege Gärtthöfner die Mitglieder nochmals, treu zur Organisation zu halten, was dieselben mit einem begeisterten ausgedrachten Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband beantworteten. Da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten, gab der Kassierer, Kollege Scholl, noch folgende letzte Mahnung an die Versammelten: Was es heißt, eine Kassiererstelle zu einer Zeit, wie wir sie heute haben, voll und ganz auszufüllen, ist vielleicht noch manchem unserer Mitglieder unbekannt. Allerorts Wehklagen, kein Geld der Mann ausgesteuert, die Frau erwerbslos, endl. noch drei bis vier Kinder, da kommt es manchmal hart an, Verbandsgelder einzuziehen. Und doch muß der Pflicht Genüge geleistet werden. Fragen wir uns einmal, was hat der Deutsche Tabakarbeiterverband an Rechtschutz, an Lohnfestsetzungen, an Feriengeldern und dergleichen schon alles getan, dann muß die Arbeiterschaft die Ueberzeugung gewinnen, daß es ohne Zusammenschluß im Verband einfach nicht geht. Trotzdem muß man ab und zu die bittere Erfahrung machen, daß es Mitglieder gibt, die versuchen, den Verband nach allen Regeln der Kunst auszunutzen, um ihm dann den Rücken zu kehren. Wie schön wäre es doch, wenn wir uns gegenseitig Vertrauen schenken würden. Zu mir kann jedes Mitglied kommen, das etwas auf dem Herzen hat. Ich setze mich dann mit Kollegen Gärtthöfner in Verbindung, und wenn es irgendwie möglich ist, wird Rat und Hilfe geschaffen. Darum haltet auch in den Zeiten der schwersten Not zum Verband, dann wird und muß es uns gelingen, auch für uns Tabakarbeiter wieder bessere Zeiten herbeizuführen. Damit schloß Kollege Scholl die Versammlung, und man ging zum gemütlichen Teil über. Erst in später Abendstunde trennte man sich mit dem Gelöbnis, weiterhin treu zum Verband zu halten.

## In letzter Stunde

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund veranstalteten am 27. September in Berlin eine öffentliche Kundgebung, um der Reichsregierung vor Erlass der neuen Notverordnung noch einmal vor Augen zu führen, was nach Ansicht der freien Gewerkschaften geschehen muß, um den Arbeitslosen, die keine Unterstützung sondern Arbeit haben wollen, über den kommenden Winter hinwegzuhelfen. Einen Auszug aus dem einleitenden Vortrag des Kollegen Franz Spließ, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, veröffentlichen wir auf der ersten Seite dieses Blattes.

Ausschlußreich waren auch die dann folgenden Referate über die Bauwirtschaft in der Krise von Nikolaus Bernhard (Vorsitzender des Deutschen Baugewerksbundes) und über Hauszinssteuer und Bauwirtschaft von Ministerialdirektor Meyer (Preußisches Ministerium für Volkswohlfahrt), auf die wir aber des beschränkten Raumes wegen nicht näher eingehen können. Zum Schluß hielt dann Staatssekretär Krüger vom Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forstwirtschaft einen Vortrag über die

### Siedlungsfrage,

dem wir folgendes entnehmen:

Bei der Suche nach weiteren Arbeitsmöglichkeiten kommen wir auch auf das landwirtschaftliche Gebiet. Wir haben bekanntlich in den letzten Jahren bei einer Eigenerzeugung im Werte von etwa 10 bis 12 Milliarden Reichsmark noch einen bedeutenden, wenn auch neuerdings abnehmenden Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln und Futtermitteln gehabt (1929: 2,48 Milliarden Reichsmark, 1930: 1,89 Milliarden Reichsmark). Die deutsche Landwirtschaft würde technisch in der Lage sein, diesen Mehrbedarf, soweit es die klimatischen Verhältnisse gestatten, selbst zu erzeugen. Hier liegt also die Möglichkeit zu einer Produktionssteigerung vor und diese Produktionssteigerung könnte auch mehr Menschen beschäftigen, wenn schon bei den besonderen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft eine Steigerung der Erzeugung um etwa 2 Milliarden, also um 15 bis 20 v. H., nicht eine entsprechende gleich starke Vermehrung der Arbeitskräfte zur Folge haben kann. Hierbei ist freilich zu bedenken, daß die augenblickliche Lage der Landwirtschaft einschneidende Betriebsänderungen erwarten läßt; ein Teil der östlichen Großbetriebe ist in einer so kritischen Lage, daß die Bewirtschaftung in der bisherigen Form nicht mehr durchgeführt werden kann und die Aufteilung in kleinere Stellen oder die genossenschaftliche Besiedlung das einzige Mittel ist, um die landwirtschaftliche Produktion überhaupt aufrechtzuerhalten.

Diese Aenderung der Wirtschaftsstruktur würde, wie die bisherigen Erfahrungen bei der ländlichen Siedlung zeigen, im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß auf derselben Fläche mehr Arbeitskräften Beschäftigung bieten. Durch eine erhebliche Verbilligung des Siedlungsverfahrens, die eingeleitet ist, würden auch erheblich mehr Landarbeiter als bisher eine Siedlerstelle erwerben können. Man würde auch wahrscheinlich einen großen Teil der in den letzten Jahren hauptsächlich durch die Nationalisierung der Großbetriebe erwerbslos gewordenen Landarbeiter wieder einer produktiven Tätigkeit in der Landwirtschaft zuführen können. Erhebliche Massen erwerbsloser Industriearbeiter werden dagegen nicht aufs Land zurückzuführen sein.

Diese vermehrte Siedlungstätigkeit bringt erfahrungsgemäß auch Beschäftigung für Industrie und Handwerk (Baugewerbe, Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte u. dgl.), auch pflegt die dichtere Besiedlung des Landes das geschäftliche Leben in den kleinen Landstädten sehr günstig zu beeinflussen. Die belebenden Wirkungen der Siedlungstätigkeit gehen also weit über die Landwirtschaft hinaus.

Wenn in der letzten Zeit die Ansiedlung von städtischen Erwerbslosen in der Nähe der großen Städte empfohlen ist, so verdienen auch diese Bestrebungen größte Aufmerksamkeit. Man darf freilich nicht übersehen, daß es sich hier nicht darum handeln kann, Zehntausenden oder gar Hunderttausenden eine völlig neue Existenz zu schaffen. Man wird ihnen nur die Gelegenheit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bieten können, wie sie, wenn auch in beschränkter Form, der Schrebergarten heute schon gibt. Daneben muß aber entweder noch für eine Unterstützung gesorgt werden, die freilich geringer bemessen sein könnte als die heutige, oder es müßte für Arbeitsgelegenheit in der Industrie gesorgt werden. Wenn die Bemühungen der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit Erfolg haben, könnte eine derartige Nebenerwerbsbesiedlung ein bedeutungsvolles Mittel werden, um den voraussichtlich zu erwartenden Lohnausfall erheblich zu mildern.

## Abwehrkampf in Gertenbach

Wie so manche andere Firma in der Zigarettenindustrie, glaubte auch die Firma Staar in Gertenbach (Kreis Wixenhausen) die Zeit der Wirtschaftskrise zu einem Angriff auf die tariflichen Ansprüche „ihrer“ Arbeiterschaft auszunutzen zu können. Sie verlangte einen Verzicht auf die Ferienentschädigung für 2½ Tage und eine Herabsetzung der Tariflöhne um 80 bzw. 85 % für 1000 Zigaretten. Dieses Ansinnen ist von der Arbeiterschaft, die restlos dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angehört, einmütig abgelehnt worden, worauf am 20. September deren Entlassung erfolgte.

Es versteht sich von selbst, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband den Abwehrkampf der Zigarettenarbeiterschaft in Gertenbach zu dem seinigen gemacht hat und nichts unversucht lassen wird, diesen Kampf zu einem für die Arbeiterschaft siegreichen Ende zu führen. Im übrigen richten wir an alle Kolleginnen und Kollegen die dringende Aufforderung, Solidarität zu üben und sich auf nichts einzulassen, wenn von ihnen ein Verzicht auf tarifliche Rechte und Ansprüche verlangt wird.

## Literarisches

Ein Helfer im Kampfe will der vom 1. Oktober wöchentlich erscheinende „Alarm“ auch der freien Gewerkschaftsbewegung sein. In einer ansprechenden, reich illustrierten, mit gutem Unterhaltungsteil versehenen Probenummer, die vom Verlag Alarm, Berlin SW 68, Neuenburger Straße 37, unentgeltlich den Gewerkschaftskollegen auf Anforderung zugesandt wird, nehmen u. a. Kurt Heinig, Georg Schmidt, Hans Völter, Eugen Prager, Robert Dohlschlager und von der Arbeiterjugend Erich Schmidt, der 1. Vorsitzende der Groß-Berliner Organisationen, neben Paul Löbe, Otto Hörning, Anton Ertelenz, Hellmut v. Gerlach u. a. das Wort. Es wird auch die Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder sein, den tapferen „Alarm“, der nach Hörnings Ansicht den Kampf mit vorbildlicher Energie führt, durch sofortige Aufgabe eines Abonnements für Oktober — 66 Pf. für fünf Nummern einschl. Bestellgeld — zu unterstützen. Das Blatt wird uns in unserem schweren Gewerkschaftskampfe gute Dienste leisten können.

## Bekanntmachungen

Am 3. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

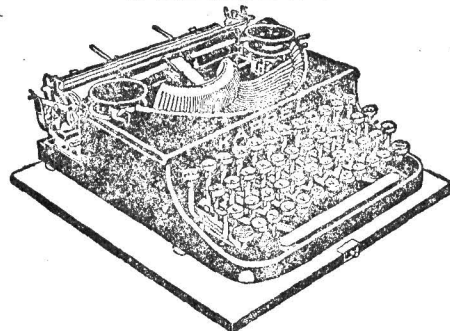
- 18. September. Heilbronn 800.—
  - 19. Freistett 100.—
  - 20. Neustadt a. Rennst. 10.50.
  - 21. Steinau 12.40.
  - 23. Nordhausen 700.—, Heidenheim 300.—
  - 24. Dresden 400.—
  - 25. Hess.-Lichienau 101.80, Destringsen 120.—
  - 26. Danzig 200.—, Wintersdorf 400.—
- Bremen, den 29. September 1931.

J. Krohn

### Gesucht wird:

Eine Wickel- oder Zigarettenmacherin, welche auch etwas Hausarbeit übernehmen kann, nach dem östlichen Hannover. Nachfragen bei Heinrich Träbing, Bremen, Am der Weide 20 I.

## „Kappel“- Reise- Schreibmaschinen



erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit durch ihre stabile Bauart und leichte Gebrauchsfähigkeit. Wir geben Ihnen gern ausführliche Angebote.

**Maschinenfabrik Kappel**  
Chemnitz-Kappel

Unserm hochverehrten Kollegen,  
Rollenmacher  
**August Delert sen.**  
aus Salza bei Nordhausen, u. seiner Frau Gemahlin zu ihrer am 2. Oktober 1931 stattfindenden

### goldenen Hochzeit

herzlichen Glückwünsche.  
Wir verknüpfen hiermit die Hoffnung, daß unserm lieben August, der auch dem DTV. bereits seit 35 Jahren die Treue bewahrt u. noch täglich seiner Arbeit nachgeht, mit seiner Gattin ein ungetrübt über Lebensabend beschieden sein möge.

Die Kolleginnen und Kollegen d. Zahlstelle  
Hann.-Münden

# Bankenaufsicht und Aktienrecht

Die deutsche Reichsregierung hat eine Notverordnung erlassen, die eine gewisse Bankenaufsicht und eine Teilreform des Aktienrechts bringt. Sie soll am 1. Oktober in Kraft treten.

Die Notverordnung über die Bankenaufsicht geht von der Meinung aus, daß bei den Banken bei der Geschäftsführung die volle privatrechtliche Verantwortung verbleibt. Durch sie bekommen aber die Reichsregierung und die Reichsbank stärkere Mittel in die Hand, um sich über die Lage des Bankgewerbes und der deutschen Wirtschaft zu unterrichten und gegebenenfalls die Geschäfte und Kreditpolitik der Banken richtunggebend zu beeinflussen. Organe der Bankenaufsicht sind der Reichskommissar, das diesem zur Seite stehende Kuratorium und die Reichsbank. Das Kuratorium setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, und zwar aus dem Reichsbankpräsidenten, einem Reichsbankdirektor, den beiden Staatssekretären des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums, sowie dem Reichskommissar selbst. Der Vorsitz des Kuratoriums soll dem Reichsbankpräsidenten übertragen werden. Die Aufgaben des Kuratoriums bewegen sich in folgendem: Es hat die Richtlinien für die Tätigkeit des Reichskommissars festzusetzen und darüber zu entscheiden, ob durch den Reichskommissar allgemeine Grundsätze für die Politik der Bankinstitute erlassen werden sollen. Im weiteren hat das Kuratorium darüber Feststellungen zu treffen, welches Institut unter die Zuständigkeit der Bankenaufsicht fällt. Schließlich soll es darüber entscheiden, inwieweit die Befugnis des Bankkommissars auch auf Privatbanken und Privatbankiers ausgedehnt werden soll. Die Tätigkeit des Bankkommissars soll nach folgenden Richtlinien vor sich gehen: Er kann Auskunft über Geschäftsvorgänge bei den Banken verlangen, die Geschäftsbücher einsehen und gegebenenfalls selbst Nachprüfungen von Geschäften vornehmen. Der Bankkommissar hat das Recht, an den Vorstands- und Aufsichtsratsitzungen der Banken teilzunehmen. Gegebenenfalls hat er die Anberaumungen solcher Sitzungen und die Einberufung einer Generalversammlung der Aktionäre zu verlangen. Dem Kommissar steht ferner das Recht zu, von solchen Stellen, die nicht ein Bankgewerbe betreiben, über ihre ausländischen Forderungen und Schulden Auskünfte einzuziehen. Er hat an das Kuratorium und auf Verlangen auch an die Regierung und die Reichsbank Bericht zu erstatten. In Fällen, in denen eine Einigung innerhalb des Kuratoriums nicht erzielt ist, trifft die Regierung die letzte Entscheidung. Die Notverordnung enthält Strafbestimmungen für falsche und unvollständige Angaben, die dem Reichskommissar gemacht werden. Der Reichskommissar kann die Ausübung seiner Befugnisse auch anderen Stellen übertragen, wobei an die Reichsbank gedacht ist.

Damit haben wir das Hauptsächliche der beabsichtigten Bankkontrolle mitgeteilt. Es dürfte daraus hervorgehen, daß den Forderungen der Gewerkschaften mit dieser Maßnahme nur sehr unvollkommen Rechnung getragen ist. Wenn auch die Notverordnung als ein Anfang sehr zu begrüßen ist, so muß dennoch bedauert werden, daß die Regierung auf halbem Wege stehen geblieben ist. Sehr zu verurteilen ist auch die Zusammensetzung des dem Bankkommissar zur Seite stehenden Kuratoriums. Es befindet sich unter den Mitgliedern desselben kein einziger Arbeiter oder Angestellter. Wenn auch die Mehrheit der fünf Personen, die das Kuratorium bilden, der Öffentlichkeit verantwortliche Männer sind, so ist doch nicht die Garantie gegeben, daß sie ihre Tätigkeit im Sinne der Gesamtwirtschaft, ausgehend von der Rücksichtnahme auf die Interessen des arbeitenden Volkes, ausüben. Hätten wir das Resultat der letzten Reichstagsmahl nicht zu verzeichnen gehabt, und würde der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften größer sein, dann würde dieser erste Schritt einer Bankkontrolle wesentlich anders ausgefallen sein. Für uns kann diese Art Kontrolle der Privatbanken nur ein Anfang sein.

Neben den Bestimmungen über die Bankenaufsicht enthält die Notverordnung eine Teilreform des Aktienrechts, die als Novelle zum Handelsgesetzbuch gedacht ist. Der Inhalt dieses Teiles der Notverordnung besteht in vordringlichen Maßnahmen in der Verschärfung der Publizitätspflichten der Unternehmungen, in der Einführung der Pflichtrevisionen, besonderen Vorschriften für Vorstand und Aufsichtsrat, der Erweiterung der Minderheitsrechte usw. Durch die erweiterte Publizität in Geschäftsberichten und Bilanzen soll das Vertrauen in die Aktiengesellschaften gehoben werden. Die Konzernverschachtelungen und -verpflichtungen sollen auf Grund der neuen Vorschriften eine weitgehende Klarlegung erfahren. Damit würde dem Zustand ein Ende gemacht, daß der Aufbau von bestimmten Industrien und Unternehmungen nur wenigen Personen verständlich ist. Die Pflichtrevisionen sollen durch unabhängige Wirtschaftsprüfer vorgenommen werden. Die Regierung hofft, schon im März dieses Jahres 200 Wirtschaftsprüfer zur Verfügung zu haben. Sie kann die Prüfungen jeweils nach ihrem Ermessen vornehmen lassen. Sie hofft, hierdurch Mißständen bei der Geschäftsführung durch Vorstand und Aufsichtsrat entgegenzuwirken. Die Vorstände der Unternehmungen werden gezwungen, ihre Berichtspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat zu erweitern. Verboten wird ferner die Kreditgewährung an den Vorstand, bzw. diese wird von der Genehmigung des Aufsichtsrats abhängig gemacht. Die Verantwortung des Aufsichtsrats wird erweitert. Jedes einzelne Mitglied desselben erhält das Recht, jederzeit

## Heirats-Schwindler Diebe \* Hochstapler \* Erpresser

I.

Mr. C. Robinson

Aus der Londoner Skandalchronik — Mr. Robinson, der raffinierte Juwelendieb — Der Hereinfall des indischen Maharadscha — Drei Goldmillionen Schweigegeßel — Der betrogene Betrüger

Von Willy Reese

Die Londoner Skandalchronik ist von jeher reich an Ehebruchs- und Ehebruchs-Erpressungs-Prozessen allergrößten Formats gewesen. Was aber 1924 in dem Prozesse des Buchmachers, Bankrotteurs und Hochstaplers C. Robinson gegen die Midland-Bank aufgerollt wurde, ist in der Tat ganz neu, wie ein bunter, phantastischer Filmstreifen.

Robinson hatte sich in verschiedenen Berufszweigen, insbesondere als betrügerischer Bankrotteur und späterhin als Buchmacher ein kleines Vermögen aus dem Nichts erworben. Zur Erlangung seiner Ziele war ihm jedes Mittel gerade recht, und der krumme Weg war ihm der liebste. Er war ein schlauer Fuchs und arbeitete immer mit großem Raffinement und vollendeter Routine. Er steckte seine Ziele immer höher und höher. Und das Schicksal begünstigte ihn. Das machte ihn immer wagemutiger.

Sein Hirn war recht erfinderisch. Er betrog seine Mitmenschen mit großer Kaltblütigkeit nach eigener Methode.

Seine Methoden waren fein destilliert und mit mathematischer Genauigkeit ausgeklügelt.

Hier eine kleine Probe davon:

An einem stürmischen Herbsttage betrat Mr. Robinson ein mittelgroßes Juwelergeschäft in der Rue de Ponthieu in Paris. Eine halbe Stunde zuvor hatte er sein Gepäck aus dem naheliegenden erstklassigen Hotel du Rond-Point des Champs-Élysées zum Bahnhof bringen lassen. Der Juwelier, der Mitinhaber des Geschäfts, ein älterer Herr mit grauem Haar und großer Erfahrung mit Hochstaplern und Betrügern, beeilte sich, nach den Wünschen des eleganten Fremden zu fragen. Robinson streifte seine Glacés — übrigens Nummer zwölf! — von den Händen und legte sie auf den Rand des Zylinderhutes. An seinen dicken, fleischigen Fingern sprühten die Brillanten. Nichtsdestoweniger machte er auf den Juwelier einen durchaus seriösen Eindruck, der durch die abgeklärte Ruhe nur wirksam unterstrichen wurde.

„Ich habe die Absicht, eine Diamantenkollektion bei Ihnen zu kaufen, Monsieur“, sagte Robinson und placierte sich. „Für meine Frau“, fügte er lächelnd hinzu. „Es soll eine Ueberraschung für sie sein.“ Der Juwelier lächelte verständnisinnig und nickte. Da der Besucher ein perfektes Französisch sprach, kam er nicht auf die Idee, es mit einem Ausländer zu tun zu haben. „Vor-

einen Bericht über die Lage der Gesellschaft und die Einberufung des Aufsichtsrats zu verlangen. Die Aufsichtsräte werden vollständig neu zusammengesetzt. Alle Bestimmungen über Zusammenfassung, die Stellung und Vergütung für den Aufsichtsrat treten mit dem Tage der nächsten Generalversammlung außer Kraft. Somit erlöschen sämtliche Aufsichtsratsmandate. Der gesamte Aufsichtsrat soll eine Höchstzahl von 30 Mitgliedern erhalten. Eine Person darf hinfür nicht mehr als 20 Aufsichtsratsposten auf sich vereinigen. Damit wird dem Zustand ein Ende gemacht, daß einzelne Personen, wie beispielsweise Jacob Goldschmidt, 100 und mehr Aufsichtsratsmandate innehaben. Für Handlungen zum Nachteil der Gesellschaft werden die Strafbestimmungen verschärft. Bei Bilanzverschleierungen kommen Zuchthausstrafen in Anwendung. Der Erwerb eigener Aktien ist an bestimmte Vorschriften geknüpft. Die Minderheitsrechte werden erweitert. Dieser durch die Notverordnung erlassene Teil des zukünftigen Aktienrechts soll in das baldmöglichst zu schaffende Aktienrecht hineingearbeitet werden.

Wir wollen uns auch über diesen Teil der Notverordnung einer längeren Kritik enthalten. Die Maßnahmen bezüglich Eindämmung der Allmacht der Direktoren sind zu begrüßen. Die Beschränkung der Aufsichtsratsmitglieder und die Aufhebung der Bestimmungen bezüglich ihrer Stellung und Entschädigung ebenfalls. Eine Erweiterung der Publizitätspflichten haben die Gewerkschaften schon vor Jahren gefordert. Was wir an diesem Teil der Notverordnung besonders kritisieren, ist, daß es auch hier bei einem zaghaften Anfang geblieben ist.

Wichtiger erscheint uns aber die durch diese Notverordnung zum Ausdruck kommende Anerkennung des Prinzips der Staatskontrolle über die Privatwirtschaft. Damit ist die Gottähnlichkeit der privaten Wirtschaft gebührend gekennzeichnet. Die Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie ist noch nie so eindringlich hervorgehoben worden, als durch die Notverordnung einer bürgerlichen Regierung über Bankkontrolle und Aktienrecht. Der Privatkapitalismus ist über seine Glanzzeit längst hinaus. Er befindet sich auf einer absterbenden Linie. Öffentliche Körperschaften und gewählte Vertreter des Volkes müssen seine Leitung kontrollieren. Bestimmte Personen aus der Gruppe der Wirtschaftsführer haben durch ihre Korruption, ihre betrügerischen Manipulationen und letzten Endes durch ihre Unfähigkeit die privatkapitalistische Wirtschaft als unhaltbar überführt. Sie waren ihre eigenen Totengräber. Und aus diesen Gründen begrüßen wir es, daß die deutsche Regierung durch gesetzliche Maßnahmen einen Eingriff in die Hoheitsrechte der privaten Wirtschaftsführer vorgenommen hat. Wir betonen noch einmal, daß es sich hierbei nur um einen Anfang handeln kann. Jetzt liegt es an der Arbeiterschaft, die genügende Macht durch Stärkung der Gewerkschaften und politische Aktivität zu erreichen. Geschieht dies, dann wird recht bald die Zeit kommen, wo diesem Anfang weitere Schritte folgen werden. Die nächste Etappe ist die Wirtschaftsdemokratie und der Endpunkt ist der Sozialismus.

**Gummiwaren** Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Allee Jacobsstraße 8

aussetzung ist allerdings die, daß ich gut bei Ihnen bedient werde.“

Der Geschäftsinhaber versicherte eifertig, daß er ein sehr reichhaltiges und preiswertes Lager gerade in Diamanten habe.

Mr. Robinson wählte sehr lange und sehr sorgfältig. Endlich hatte er seine Wahl getroffen: ein kostbares Diamantenkollier, einen wertvollen Brillantring, eine Busenadel und acht lose Edelsteine im Gewicht von ein bis drei Karat „für einen ganz besonderen Zweck“. Man einigte sich schließlich auf einen Kaufpreis von insgesamt 180 000 Frank.

Robinson entnahm alsbald seiner Manteltasche eine flache Blechbüchse, legte die acht Steine hinein und versiegelte das Päckchen vor den Augen des Juweliers. Er erklärte, daß er vorläufig nur die Steine mitnehmen und die drei Schmuckstücke späterhin abholen lassen möchte.

In diesem Augenblicke wollte der Geschäftsinhaber eine Bemerkung machen, hielt jedoch erschrocken inne.

Der Kunde war plötzlich kreidebleich geworden. Er griff sich mit beiden Händen an den Kragen. Ziel schwer auf den Stuhl direkt hinter sich nieder. Unartikulierte Laute kamen über seine Lippen. Seine Augen waren geschlossen. Mächtig arbeitete seine Brust.

Der Juwelier, der allein im Laden war, eilte bestürzt ins Nebenzimmer, um ein Glas Wasser zu holen. Daraufhin erhob sich der Käufer wieder, lächelte und dankte mit liebenswürdigen Worten.

## Die internationale Betätigung der Frauen

Ohne Zweifel ist nach dem Kriege die internationale Zusammenarbeit sehr gewachsen. Mehr oder weniger haben alle Berufe Vereinigungen, die über die Landesgrenzen hinweggehen. Das „Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik“, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, gibt einen Einblick über die internationale Betätigung der Frauen. Im Jahre 1930 sind verschiedene internationale Verbindungen des weiblichen Geschlechts hinzugekommen. So beschloß im August 1930 eine Versammlung der Geschäftsfrauen und Vertreterinnen der freien Berufe die Errichtung einer Internationale zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und ständiger Verbindung unter diesen Frauenteilen zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen. Auf Anregung einer amerikanischen Vereinigung schlossen sich die extremen Frauen verschiedener Länder in Genf zur „Equal Rights International“ (Internationale Vereinigung für Gleichberechtigung) zusammen; sie bezweckt den Kampf um die Erlangung der unbedingten Gleichheit der gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen für beide Geschlechter. Eine Frauendiskussion in Honolulu beschloß die Richtung einer Frauervereinigung der pazifistischen Länder. In Wien tagte im vergangenen Jahre der Internationale Frauenrat, dessen Organisationen 40 Millionen Mitglieder umschließen sollen. Gleichzeitig mit dieser Veranstaltung wurde die Internationale Vereinigung der Landfrauen gegründet. Die Konferenz dieser Internationale befaßte sich mit dem Problem des Weltmarktes, der Normung von Erzeugnissen, der landwirtschaftlichen Ausbildung der ländlichen Jugend, der Rechtslage der Bauersfrauen innerhalb der landwirtschaftlichen Gesetzgebung usw. Des ferneren war die Internationale genossenschaftliche Frauengilde zusammen, um ihre Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Panindische Frauendiskussion, die ebenfalls 1930 stattfand, zeigt, welchen raschen Fortschritt die Frauenbewegung selbst in Asien macht. Die Frauen von Vorderasien waren im Juli 1930 in Damaskus versammelt, um ihren gemeinschaftlichen Willen zur Selbstbefreiung durch Zusammenschluß zu stärken. Daß das Frauenkomitee der sozialistischen Arbeiter-Internationale zu den aktivsten internationalen Frauenvereinigungen zählt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Bezüglich der Gewerkschaften bemerkt das Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik folgendes:

Die Beteiligung der weiblichen Mitglieder der gemischten Gewerkschaften am Gewerkschaftsleben nimmt von Jahr zu Jahr an Umfang zu und entwickelt sich immer mehr zu einer spezifischen, den besonderen Bedürfnissen der Arbeiterinnen entsprechenden Tätigkeit. Unter dem Druck ihrer besonderen Bedürfnisse schließen sich die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder enger zusammen. In mehreren Ländern haben die gemischten Gewerkschaften Frauenausschüsse, namentlich zur Ausbildung von Führerinnen für den weiteren Ausbau der Arbeiterinnenverbände, gebildet.

In der verstärkt in Erscheinung tretenden internationalen Betätigung der Frauen zeigt sich die Befreiung der Frau von jahrhundertelanger Bevormundung sehr deutlich. Die Ansätze zur Selbsthilfe berechtigen zu großen Hoffnungen.

„Mein altes Leiden“, erklärte er mit matter Stimme und erhob sich mit Hilfe des Juweliers vom Stuhle. Rechte sich energisch. „Ah, jetzt geht es schon wieder! Verzeihen Sie, wenn ich Sie ängstigte. Es ist nicht das erste Mal, daß mir dieser Schwächeanfall beim Kaufen passiert. hm!“, fügte er dann mit gerunzelter Stirn hinzu, „in diesem Zustande möchte ich jedoch das kostbare Paket nicht mitnehmen. Darf ich Sie bitten, Monsieur, die versiegelte Blechbüchse aufzubewahren? Innerhalb zweier Stunden lasse ich sie mit den anderen drei Gegenständen gegen sofortige Barzahlung abholen.“

„Aber selbstverständlich, Monsieur!“

„Inzwischen möchte ich Ihnen jedoch eine kleine Anzahlung leisten. Bitte, hier sind fünftausend Frank.“

Der Juwelier dienerte und stellte eine Quittung über den empfangenen Betrag aus. Er begleitete den vornehmen Kunden bis zur Tür, beeilte sich noch, ihm gute Besserung zu wünschen und schloß dann die Tür wieder. Er war strahlender Laune. Solche Kunden gab es nicht viele!

Der Juwelier wartete auf den Boten, der die gekauften Gegenstände abholen und bar bezahlen sollte. Er wartete nun schon zweieinhalb Stunden. Nach einer weiteren halben Stunde war der Bote immer noch nicht da. Bald war Ladenschluß.

Er wurde immer unruhiger, und plötzlich stieg ganz leise ein Verdacht in ihm auf — der Verdacht, es mit einem Schwindler zu tun zu haben. In dieser mißtrauischen Anwandlung entschloß

# Arbeitsdienstpflicht für Frauen?

In der Zeitschrift „Die deutschnationale Frau“ vom 15. September 1931 regt die Schriftleitung eine Aussprache über die Frage: „Weibliche Arbeitsdienstpflicht“ an, für die als Grundlage der Plan von Annagrete Lehmann, M. d. R., und Ilse Neumann, M. d. Br. L., für die Durchführung der Idee abgedruckt ist.

Die Idee, eine Arbeitsdienstpflicht für Frauen einzuführen, ist schon in der Vorkriegszeit, besonders aber während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren erörtert worden. Ursprünglich wurde die Frauendienstpflicht als Gegenleistung der Frauen für die vom Staat verlangte Gleichberechtigung mit dem Manne angeboten. Während des Krieges entstand sogar ein „Bund für Frauendienstpflicht“.

Es war vorauszusehen, daß jetzt, wo eine Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und der dadurch dem Staate und den Gemeinden entstandenen Notlage gefordert wird, der Plan einer besonderen Dienstpflicht für Frauen aufs neue Gegenstand der Erörterung werden würde.

Unsere Gewerkschaften haben schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, was sie von einem Plane denken, durch Arbeitsdienstpflicht die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Die gleiche ablehnende Haltung nehmen sie natürlich grundsätzlich auch gegenüber einer Frauendienstpflicht ein. In dem jetzt zur Aussprache stehenden Plan kommt aber noch deutlicher, als es bisher der Fall war, zum Ausdruck, daß es Volkskreise und Persönlichkeiten gibt, die über die Ursachen der Arbeitslosigkeit anscheinend nicht informiert sind oder die die Zeit der großen Not und der Verzweiflung benutzen wollen für Experimente, die sich für die große Masse der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Menschen katastrophal auswirken würden, so daß es notwendig ist, die einzelnen Forderungen in das rechte Licht zu setzen.

Es muß auf die vielen Hunderttausende jugendlicher, ohne ihre Schuld aus dem Arbeitsprozeß ausgeschalteter Arbeitskräfte beleidigend wirken, wenn die Arbeitsdienstpflicht gefordert wird mit der Begründung: „sie soll gewöhnen 1. an wirkliches Arbeiten“. Die jugendlichen Erwerbslosen kommen aus wirklicher Arbeit oder sie suchen nach solcher Arbeit, können aber keinen Arbeitsplatz finden. Das scheinen die Verfechter der Idee der Frauendienstpflicht nicht zu wissen. Aber freilich, schon die an Nr. 1 anschließenden Forderungen zeigen bereits, worauf es ihnen ankommt. Es heißt nämlich: Die Arbeitsdienstpflicht soll gewöhnen „2. an Unterordnung, 3. an Einordnung, 4. an Schlichtheit.“ Das heißt mit anderen Worten: Die Arbeitsdienstpflicht soll Zwangsmittel schaffen für bequeme und billige Arbeitskräfte. Diese Absichten werden nicht abgemindert durch den Hinweis, daß die Dienstpflicht der Frauen noch den Sonderzweck verfolgt, Vorbildung zu geben für den Beruf der Hausfrau und der Mutter.

Kein Mensch wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn Vorkehrungen getroffen werden, um Frauen solche Kenntnisse zu übermitteln, weil sie von allen Frauen gebraucht werden können, auch von denen, die gewollt oder ungewollt nicht Gattin

und Mutter werden. Es bedarf dazu aber weder einer Frauendienstpflicht, noch ist der in Vorschlag gebrachte Plan dafür geeignet.

Daß er diesem Zweck nicht einmal dienen will, beweist der Vorschlag, daß die Frauen im Alter von 16 bis 20 Jahren, für die die Dienstpflicht für ein halbes Jahr gefordert wird, vor Beginn dieser Zeit den Nachweis erbringen müssen, daß sie Kenntnisse besitzen auf dem Gebiete der einfachen Haushaltsführung und daß sie bewandert sind in den Anfangsgründen der Kranken- und Kinderpflege und im Flicken und Stopfen. Das heißt also, daß das halbe Dienstjahr für sie nicht zum Erlernen dieser Fähigkeiten da sein soll, sondern, um solche auf eigene Kosten erworbene Fähigkeiten in einer ihnen zwangsläufig zugewiesenen Arbeitsstelle zu verwenden.

Auch die Vorschläge über die Art, wie der Befähigungsnachweis erbracht werden soll, erwecken zum mindesten starkes Mißtrauen.

Was soll z. B. geschehen mit den Frauen, die die Prüfung nicht bestehen? Werden sie trotzdem zur Arbeitsdienstpflicht herangezogen oder sollen sie nur bestraft werden dadurch, daß sie keine Heiratsverlaubnis erhalten? Und was geschieht, wenn sie dann trotzdem, freilich ohne staatliche Konzession, einen Lebensbund mit einem Manne eingehen?

Diese Fragen läßt der zur Diskussion gestellte Vorschlag offen. Aber allein schon die Tatsache, daß er einen Befähigungsnachweis vor Eingehen der Dienstpflicht verlangt, zeigt zur Genüge, daß diese andern Zwecken dienen soll als den herausgestellten. Daß dies der Fall ist, geht übrigens auch aus dem Hinweis hervor, daß körperlich Schwache nicht zur Arbeitsdienstpflicht herangezogen werden sollen, wenigstens nicht in gleicher Weise wie die anderen Frauen. Das wäre zu verstehen, weil ja die Dienstpflichtigen „ganz besonders in ländlichen Haushalten und auf Gütern“ beschäftigt werden sollen, also dort, wo schwere körperliche Arbeiten zu verrichten sind, wenn nicht die für die körperlich Schwachen in Aussicht genommenen Arbeiten jede Aussicht auf den Erwerb von Kenntnissen vermissen lassen würden, die den Sonderzweck des Planes, eine Frauendienstpflicht zu erfüllen, nämlich Vorbildung zu geben für den Beruf der Hausfrau und Mutter, rechtfertigen.

Das gleiche ist zu sagen von der in Aussicht genommenen Pflichtbeschäftigung für Frauen, die in festen Berufen tätig sind, die in ihrer Urlaubszeit möglichst eine ihrer Berufsart entgegengesetzte Arbeit verrichten sollen. Wenn Frauen aber keinen Urlaub haben?

Das ist des Pudels Kern und daneben die zwangsweise Bereitstellung billiger und williger Arbeitskräfte dort, wo infolge der unsozialen Arbeitsbedingungen heutzutage meist nur noch der Not gehorchend Arbeit angenommen wird, nämlich in Einzelhaushalten, besonders auf dem Lande.

Wir wissen freilich, daß ein Plan noch lange nicht Wirklichkeit ist, und wir sind überzeugt, daß dieser oder ein ähnlicher

er sich endlich dazu, die Büchse zu öffnen. Er tat es mit zitternden Fingern.

Kaum hatte er den Deckel aufgehoben und das Seidenpapier entfaltet, als er auch schon einen dumpfen Schrei ausstieß und wie vernichtet zusammenbrach. An Stelle der acht Edelsteine sahen seine entsetzten Augen acht gelbliche Rieselsteinchen.

Mr. Robinson hatte wieder einmal saubere Arbeit geliefert: während der Juwelier das Glas Wasser holte, hatte er für die Büchse mit einer bereits vorbereiteten, gleichartig verpackten und versiegelten vertauscht.

Sehr scharfsinnig ausgeklügelt war auch jene Gaunerei Mr. Robinsons, die einen Marceller Juwelier die schöne runde Summe von 20 000 Frank kostete, und die gelegentlich Schule gemacht hat.

Hier kaufte Robinson eine seltene Perle. Er bezahlte sie in bar mit 40 000 Frank.

Nach sechs Wochen fand er sich abermals bei dem Marceller Juwelier ein.

„Sagen Sie mal“, erklärte Robinson dem Geschäftsinhaber, „können Sie mir wohl noch eine Perle von gleicher Größe, gleichem Aussehen und gleichem Werte beschaffen. Für einen besonderen Zweck möchte ich sie gerne als Pendant haben.“

Der andere dachte nach und meinte dann: „Sind, vielleicht ist es mir möglich, jedenfalls aber gebe ich Ihnen die Versicherung, daß ich mein Möglichstes tun will, Ihnen die Perle zu beschaf-

fen. Es wird allerdings nötig sein, daß ich eine Anzahl Inserate in der in- und ausländischen Fachpresse aufbe.“

„Tun Sie das! Ich ersetze Ihnen natürlich alle Spesen. Ich bin eventuell auch bereit, mehr zu bezahlen.“

„Unter 70 000 Frank werde ich Ihnen die Perle wohl kaum beschaffen können, Monsieur.“

„Das ist allerdings viel — das ist sehr viel! Sind, ich denke, über den Preis sprechen wir dann noch einmal. Alleräußerst würde ich Ihnen ja den Preis von 70 000 bezahlen.“

„Billiger wird es mir nicht möglich sein“, bedauerte der Juwelier und begründete des langen und breiten seine Forderung.

„Très bien! Ich bin bereit, Ihnen 70 000 dafür zu zahlen, aber die Perle darf nicht anders ausfallen, als die neulich bei Ihnen gekaufte.“

Der Geschäftsinhaber nahm einen Notizblock zur Hand und bat um die Anschrift des anspruchsvollen Kunden. Robinson nannte ihm einen Namen und einen Wohnort, der ihm gerade einfiel.

Nach ein paar Wochen meldete sich bei dem Marceller Juwelier ein Londoner Kollege. Er erklärte, daß er das Inserat im Fachblatt gelesen habe.

„Ich habe hier eine Perle, von der ich glaube, daß sie Ihren Wünschen entspricht, Herr Kollege.“

Wahrhaftig, die Perle glich haargenau der verkauften!

Plan nicht in der Praxis umgesetzt werden kann. Dazu reichen selbst in der gegenwärtigen Zeit der Not und der Zersplitterung der Kräfte in unserer Volks- und auch in der Arbeiterschaft die Wuchtmittel der Gegner des Aufstiegs der Arbeiterschaft zu besseren Lebensbedingungen nicht aus. Aber daß man der Arbeiterschaft einen solchen Plan vorzusetzen wagt, läßt erkennen, daß diese Gegner die Zeit für gekommen wägen, um der Arbeiterschaft den Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu nehmen und ihre Lebenslage zurückzuschrauben auf den Stand der Zeit, wo noch keine Organisation für günstigere Gestaltung sorgen konnte. Nur aus diesem Grunde nehmen wir Stellung zum Plan, aus dem hoffentlich alle Arbeiterinnen, die ihn lesen, die richtige Lehre ziehen werden.

Gertrud Hanna.

## Jugendliche, Achtung!

Wenn schon im allgemeinen, besonders im politischen Kampf, auf die Leichtgläubigkeit der Masse gerechnet wird, so gilt dies vor allem, wenn es sich um die Jugend handelt. Es ist geradezu unglaublich, was manche Jugendzeitschriften sich in dieser Hinsicht leisten. Wer z. B. aus beruflichen Gründen regelmäßig das Blatt der kommunistischen Jugend „Die Junge Garde“ durchzugehen hat, der wird erschüttert sein von dem geistigen Tiefstand der Schreiber, die hier ihre plumpen und dummen Erfindungen, ihre Lügen und Entstellungen dauernd verzapfen; noch mehr erschüttert allerdings davon, daß Massen von Jugendlichen solchem Phrasenbrei ausgeliefert sind, ohne über dessen wahren Charakter aufgeklärt werden zu können.

„Der ADGB-Kongress für Arbeitsdienstpflicht“ lautet z. B. eine Schlagzeile in der „Jungen Garde“, die dann selbst über Anträge zum Gewerkschaftskongress berichtet, die sich gegen Arbeitsdienstpflicht und freiwilligen Arbeitsdienst wenden. „Ein Kongress der Jugendfeinde“ nennt man den kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftskongress weiter und begründet diese „Jugendfeindlichkeit“ damit, daß der Bundesvorsitzende, Kollege Leipart, sich in seinem Tätigkeitsbericht mit warmen Worten der Not der erwerbslosen Jugend zuwandte und von Staat und Gesellschaft dringend Maßnahmen forderte, die die Einreihung der Jugendlichen in Beruf und Wirtschaftsleben ermöglichen. „Sorgen um den Nachwuchs des Kapitalismus“ nennt dasselbe Blatt ein Bestreben, das den Hunderttausenden von Arbeiterkindern berufliche Ausbildung und Vorbereitung für das Erwerbsleben sichern will, wenn vom Kongress in einer einstimmig angenommenen Entschließung gefordert wird:

Im Berufsausbildungsgebiet ist der Vorrang des Tarifvertrages eindeutig sicherzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lehrlingsausbildung zu gewährleisten.

Weiter fordert der Kongress erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 12 Tagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens 18 Tagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorkehrung zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.

Der Marseiller fragte nach dem Preise.

„70 000!“

Dabei konnte der Juwelier aber nichts verdienen. Er bot 55 000, und schließlich wurde der Kauf mit 60 000 perfekt.

10 000 waren bei dem Geschäft verdient! Ein schönes, glattes Geschäft!

Aber es entpuppte sich gar bald als eine gefährliche Miete!

Unter der angegebenen Adresse war der Kunde nicht zu finden. Der Expressbrief kam mit dem Vermerk „Adresse hier unbekannt“, zurück, und er meldete sich auch nicht von selbst.

Ein jäher Verdacht stieg da dem Juwelier in Marseille auf — ein schlimmer, ein böser Verdacht.

Er stellte mit großem Eifer Nachforschungen an. Und die ergaben als Endresultat, daß die erste und die zweite Perle ein und dieselbe waren!

Mr. Robinson hatte durch seinen mackeren Assistenten Mr. Newton seine eigene Perle mit 20 000 Frank Profit verkauft! Der Juwelier hatte die für 40 000 Frank verkaufte Perle für 60 000 zurückgekauft, und Mr. Newton hatte seine Rolle als Londoner Juwelier mit Bravour gespielt!

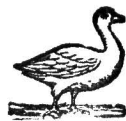
Wie gesagt: dieser Trick hat Nachahmer gefunden, aber Mr. Robinson kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, sein Erfinder zu sein.

Gelegentlich pflegte er einmal mit Behmut im Herzen zu seiner Frau und seinem talentierten Assistenten zu äußern:

„Leipart dankt Stegerwald für die Verkündung des Kohl-Zubendwinters“ lautet eine andere Gemeinheit der genannten Jugendzeitschrift. Daß Leipart als Kongressvorsitzender dem Reichsarbeitsminister dankte für seine kräftigen Worte gegen die hohen Gehälter und Einkommen in den Wirtschaftsunternehmungen, für die Ankündigung, daß bei diesen Großverdienern „sehr stark mit gesetzlichen Mitteln nachgeholfen werden muß“, um sie zu den der Not der Zeit entsprechenden Opfern bereit zu machen, davon liest man natürlich in der „Jungen Garde“ nichts.

Manchmal ist man sich bei der Durchsicht dieses Blattes im Zweifel, ob Dummheit und Unwissenheit die Feder der hier angestellten Schriftsteller-Lehrlinge führten, deren festes Gehalt sicher erheblich höher als ein Lehrlingslohn ist, oder ob es sich um bewußte Lügen und Verdrehungen handelt. Man fabelt z. B. von einer „Massenflucht der Junggewerkschafter“ und behauptet u. a., der Metallarbeiter-Verband habe im letzten Jahre 6000 jugendliche Mitglieder verloren. In Wirklichkeit aber hat nach dem Jahrbuch des ADGB für 1930 diese Gewerkschaft die Zahl ihrer jugendlichen Mitglieder von 76 242 am 31. Dezember 1929 auf 77 012 Ende 1930 steigern können. Daß bei anderen Gewerkschaften infolge des Rückgangs der Lehrlingshaltung (z. B. in den Bau- und graphischen Gewerben) notwendigerweise auch nur weniger Lehrlinge als sonst organisiert sein können, sieht jeder Mensch ohne weiteres ein, nur die Schriftleitung der „Jungen Garde“ erkennt an diesem Rückgang die erhoffte „Massenflucht“.

Wenn hier diesen Dingen einmal trotz innerem Widerstreben etwas Aufmerksamkeit gewidmet wird, so mit der Absicht, unsere jungen Kolleginnen und Kollegen kritisch zu machen gegen Behauptungen, die ihnen gedruckt oder mündlich vorgelesen werden. Es gibt ja kein Mittel, durch das Verleumdern und Dummköpfe ihre Tätigkeit unmöglich gemacht werden könnte, solange es interessierte Stellen gibt, die Geld für die Herstellung und Verbreitung von Lügen und Unwahrheiten zur Verfügung stellen. Solange die Gewerkschaften im Kampf gegen Unternehmertum und Reaktion stehen, sind sie solche Bekämpfung gewöhnt und werden sie auch weiter zu erwarten haben. Zur Abwehr gehört aber, die Arbeiter, besonders die jüngeren, urteilsfähig zu machen über all die Fragen, die heute von Bedeutung für die Arbeiterbewegung sind, damit die Verjuche, Mißtrauen und Zweifel an der eigenen Organisation aufkommen zu lassen, zu Fehlschlägen werden. Gerade die jungen Gewerkschafter haben hierbei eine große Aufgabe vor sich.



### Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

**Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)**

„Den Trick hätte ich mir patentieren lassen sollen!“ Und klemmte seine beiden klumpigen Daumen in die Armlöcher der Weste.

Übrigens: wo hier von dem klumpigen Daumen Mr. Robinsons die Rede ist, muß erwähnt werden, daß er der Typ eines Schlächtermeisters war, groß, breitschultrig, ungeschlachtet und stiernackig. Aber er hatte ein liebenswürdiges, gewinnendes Wesen und ein klangvolles Organ, dazu nicht das Geringste von einem Hochstapler an sich. Aber in der Ausübung seines Berufes wurde ihm sein Neukeres gar bald hinderlich. Er mußte sich jedoch zu helfen: mit seiner Frau!

Frau Dory Robinson stand im grellen Kontrast zu ihrem Gatten. Sie war jung, blendend schön, intelligent, alles in allem: der Typ einer Dame von Welt, die auf sich hält. Gelegentlich hatte sie ihrem Gatten assistiert. Sie war eine vollendete Assistentin, zumal sie vollkommen unter dem Einfluß ihres Mannes stand.

Robinson verkaufte seine Frau!

In dem damaligen Londoner Skandalprozeß wurde der Ehemann erbarmungslos als Zuhälter hingestellt, der den reichen Verehrern seiner Frau gegenüber schon oft beide Augen zugedrückt hatte.

So packend war dieser Sittenfilm vor Gericht, daß sein Abrollen unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen mußte. Er warf grelle, unfaßbare Schlaglichter.

(Fortsetzung folgt)